

Philosophische Schriften

Band 7

Negative Politik

Zur Grundlegung der Politischen
Philosophie aus der Daseinsanalytik und
ihrer Bewährung in den Politischen Schriften
Martin Heideggers von 1933/34

Von

Sigbert Gebert



Duncker & Humblot · Berlin

SIGBERT GEBERT · NEGATIVE POLITIK

Philosophische Schriften

Band 7

Negative Politik

Zur Grundlegung der Politischen
Philosophie aus der Daseinsanalytik und
ihrer Bewährung in den Politischen Schriften
Martin Heideggers von 1933/34

Von

Sigbert Gebert



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Gebert, Sigbert:

Negative Politik : zur Grundlegung der politischen Philosophie
aus der Daseinsanalytik und ihrer Bewährung in den politischen
Schriften Martin Heideggers von 1933/34 / von Sigbert Gebert. –
Berlin : Duncker und Humblot, 1992

(Philosophische Schriften ; Bd. 7)

Zugl.: Freiburg (Breisgau), Univ., Diss., 1991

ISBN 3-428-07585-4

NE: GT

D 25

Alle Rechte vorbehalten

© 1992 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Fotoprint: Werner Hildebrand, Berlin 65

Printed in Germany

ISSN 0935-6053

ISBN 3-428-07585-4

Vorwort

Vorliegende Arbeit versucht, das Bild des "unpolitischen" Heidegger durch einen Aufweis der Ansätze zu einer Bestimmung des Politischen in der Daseinsanalytik zu revidieren; nicht, um in ein anderes Extrem zu fallen und Heidegger als Politischen Philosophen zu postulieren, sondern um aus der Daseinsanalytik die hier angelegten Grundelemente jeder Politischen Philosophie zu erschließen, die u.a. Aufschluß über Heideggers politisches Eingreifen von 1933/34 geben, vor allem aber eine heutige Fruchtbarmachung fordern.

Großen Dank schulde ich meinem philosophischen Lehrer, Herrn Prof. Dr. Friedrich-Wilhelm von Herrmann, der die Abfassung der Arbeit durch steten Rat und kritische Begleitung zuvorkommend förderte. Herr Prof. Dr. Rainer Hoffmann bestärkte mich seit Beginn meines Studiums in meiner philosophischen Ausrichtung und begleitete mich jahrelang mit freundschaftlichem Rat. Herr Dr. Hermann Mörchen hat kurz vor seinem Tod den ersten Teil der Arbeit kritisch durchgesehen und mir bereitwillig über seine persönlichen Kenntnisse des "Fall Heidegger" Auskunft gegeben. Herrn Dr. Hermann Heidegger danke ich für die freundliche Gewährung der Einsicht in die wichtigen, noch unveröffentlichten Vorträge Martin Heideggers über "Die deutsche Universität" vom August 1934.

Meine Frau Christiane gab den entscheidenden Anstoß, ein Philosophiestudium zu wagen. Ihr und meinen Eltern habe ich für ihre große Geduld und langjährige Förderung eines Doppelstudiums zu danken.

Sigbert Gebert

Inhalt

A. Einleitung	11
§ 1. Der Weg einer angemessenen Bestimmung des Politischen bei Heidegger	11
§ 2. Andere Arbeiten	14
B. Grundlegung	21
I. Die Notwendigkeit einer fundamentalontologischen Bestimmung der Politik	21
§ 3. Die Notwendigkeit der Seinsfrage unter besonderer Berücksichtigung der Grundbedingungen wissenschaftlicher Forschung	21
§ 4. Die Aufgaben der Fundamentalontologie	26
§ 5. Die Stellung der Fundamentalontologie in der Metaphysik	28
§ 6. Das formale Verhältnis von Fundamentalontologie und Politik	31
§ 7. Die Forderung der Politik nach einem Rückgang in die Philosophie	32
II. Der Wesensbereich der Politik	37
§ 8. Vorbegriff der Politik ausgehend von der aristotelischen Bestimmung	37
§ 9. Die soziale Dimension: Mitsein als konstitutives Existenzial	40
§ 10. Vorblick auf das Problem des Handelns	44
§ 11. Das Wesen der Freiheit	46
a) Die traditionellen Begriffe der Freiheit	47
b) Freiheit und Entborgenheit	48
c) Der Vollzug der Freiheit (formal)	49
d) Der Rückgang in das Wesen der Freiheit	53
e) Freiheit und Politik	55
III. Der eigentliche Vollzug der Freiheit	56
§ 12. Die Unfreiheit des Daseins	56
§ 13. Die Befindlichkeit der Angst als Möglichkeit der ursprünglichen Erschließung der Daseinsganzheit als Sorge	60
§ 14. Die existenziale Möglichkeit eines Ganzseinkönnens des Daseins im Sein zum Tode	62

§ 15. Der Gewissensruf als ausgezeichnetes Phänomen der Rede	66
§ 16. Das existenziale Schuldigsein des Daseins	69
§ 17. Die eigentliche Existenz als vorlaufende Entschlossenheit	71
§ 18. Die Zeitlichkeit als Sinn der Sorge	75
§ 19. Der volle Geschehenscharakter des Daseins als geschichtliches	79
IV. Ergänzende Wiederholung der Analyse unter explizit politischem (metontologischem) Gesichtspunkt	82
§ 20. Der Begriff der Politik	82
§ 21. Freiheit und Macht	86
a) Das uneigentliche Machtphänomen	87
b) Freiheit als eigentliche politische Möglichkeit	88
c) Das ursprüngliche Phänomen der Macht	89
d) Freiheit und Macht als Grundbegriffe der Politik	91
§ 22. Die Frage der Ethik	93
a) Gerechtigkeit als Grundbegriff der Politik	93
b) Ethik als Erste Philosophie (E. Levinas)	95
c) Kritische Anmerkungen	100
d) Heideggers Verortung der Ethik	102
§ 23. Existenzialer Entwurf eines eigentlichen politischen Handelns	106
a) Existenzialanalyse und Politik	106
b) Das Übergangsgeschehen vom Man zur Eigentlichkeit	108
c) Die Stellung der Institutionen	111
C. Die Reform der Universität als Möglichkeit eigentlicher Politik	117
§ 24. Der existenzielle politische Ansatz Heideggers	117
I. Universität, Wissenschaft und Zeitgeschehen	119
§ 25. Die Situation der Universität	119
a) Die Idee der Humboldt-Universität und ihre faktische Auflösung	119
b) Reformbestrebungen in der Weimarer Republik	122
c) Der Lebenszusammenhang Universität in seiner derzeitigen Lage	128
§ 26. Die geistige Situation der Zeit	132
a) Geschichtliches und philosophisches Bewußtsein	132
b) Philosophie und Weltanschauung	137
§ 27. Die Aufgabe der Weckung einer Grundstimmung	141
a) Wissenschaft und Philosophie als Fragen aus einer Grundstimmung	141
b) Kulturdiagnosen als Deutungen der Zeit	142
c) Die formale Struktur der tiefen Langeweile	143

d) Die Weckung der tiefen Not als Aufgabe der zeitgenössischen Philosophie und Politik	146
§ 28. Philosophie als die ursprünglichste Möglichkeit der Existenz	149
II. Die politischen Ziele Heideggers im Ausgang von der Rektoratsrede	150
§ 29. Das Wesen der deutschen Universität	151
§ 30. Das Wesen der Wissenschaft	155
a) Ungenügen der umlaufenden Wissenschaftsbegriffe	155
b) Die Macht des Anfangs	157
c) Entscheidende Wandlung der Wissenschaft in der Gegenwart	160
§ 31. Die Umgestaltung der Universität	165
a) Die Aufgaben der Lehrer und die institutionelle Absicherung ihrer Erziehung	165
b) Die Hoffnung auf die Studenten	170
c) Der Arbeitsdienst	171
d) Der Wehrdienst	172
e) Der Wissensdienst	173
f) Die Zusammengehörigkeit der drei Bindungen als das ursprüngliche Wesen der Wissenschaft	175
g) Die Umgestaltung der Körperschaften	177
§ 32. Notwendige Bedingungen der Selbstbehauptung	178
a) Warnung vor Eile	178
b) Ein veränderter Begriff von Wissen und Arbeit	178
c) Die Kampfgemeinschaft von Lehrern und Studenten	182
d) Die Stellung des Führers	183
e) Der Wille zur Selbstbehauptung	186
§ 33. Die Verwirklichungschancen von Heideggers politischen Vorstellungen	188
a) Die Situation von 1933/34	188
b) Ausblick	195
Literatur	199

A. Einleitung

§ 1. Der Weg einer angemessenen Bestimmung des Politischen bei Heidegger

Schon wieder eine Arbeit über "Heidegger und die Politik"! Das Aufstöhnen des von diesem Thema in den letzten Jahren mit Büchern und Artikeln überschwemmten Interessierten ist verständlich, zumal die Diskussion der letzten Jahre zwar einige geschichtliche Neuigkeiten an den Tag brachte, ihr philosophischer Ertrag aber letztlich gegen Null tendiert. Was Heidegger *philosophisch* zu seinem politischen Engagement von 1933 bewegte, liegt trotz der ausgefertigten Literaturproduktion noch immer weitgehend im Dunkeln.¹ Dieses Manko hat seine Ursache im unsystematischen Herausgreifen einzelner Aspekte der Geschehnisse von 1933. Obwohl Heidegger selbst sein politisches Eingreifen weder in den Reden und Aufsätzen von 1933/34 noch in den späteren Äußerungen abtrennt von seiner Philosophie sah und damit den naheliegenden Hinweis auf eine angemessene Herangehensweise an dieses Thema implizit selbst gab, fehlt bis heute der Versuch einer systematischen Entfaltung einer Politischen Philosophie aus Heideggers Frühschriften, die als *Nebenprodukt* auch Heideggers politisches Engagement zu klären vermag. Als Nebenprodukt, weil der Versuch einer *Grundlegung* der Politischen Philosophie letztlich nicht auf die nur philosophiehistorische Untersuchung von Heideggers Rektorat zielt, sondern auf eine Neubestimmung der Politik überhaupt.

Der eigentliche Ausgangspunkt vorliegender Arbeit ist denn auch die *heutige* desolatte Situation der Politischen Philosophie und Politik. Während einige Autoren in letzter Zeit von Heideggers Spätwerk aus Stellung zu politischen Problemen zu beziehen suchen, geht vorliegende Arbeit davon aus, daß die Grundlegung einer Politischen Philosophie zunächst von Heideggers Frühschriften aus geleistet werden muß. Ich verstehe darunter die Schriften vor 1933, die sich trotz anbahnender "Kehre" auf fundamentalontologischem Boden bewegen. Mit dieser Beschränkung ist auch die Gefahr vermieden, Ansätze der späteren Arbeiten Heideggers in seine Politischen Schriften hineinzulesen. Dies ist zwar nicht unmöglich, verfälscht aber möglicherweise Heideggers wichtigste Gründe für sein Eingreifen von 1933. Die Einbeziehung der Schriften von 1933/34 ist erforderlich, zum einen aufgrund des naheliegenden Einwands, daß eine Philosophie, die sich politisch getäuscht habe, keine tragfähigen Ansätze zu einer Politischen Philosophie bieten könne, zum anderen, weil Heidegger sich hier konkret politisch

¹ Vgl. Pöggeler, 1985, 29.

äußert. Die Grundlegung der Politischen Philosophie im philosophischen Frühwerk erfährt in den Politischen Schriften Heideggers ihre Umsetzung in die existenzielle Praxis.

Die bisherigen Arbeiten zur Politischen Philosophie Heideggers haben den Anspruch, den Heidegger mit "Sein und Zeit" verband, nicht ernst genommen. Heidegger will in "Sein und Zeit" die Fundamentalontologie ausarbeiten, die *allen* regionalen Ontologien vorausliegt. Damit ist notwendigerweise auch der Anspruch der Fundierung einer Politischen Philosophie verknüpft. Wenn Heidegger 1933 ins politische Geschehen eingreift, ist es mehr als naheliegend, daß dies aufgrund seines mit diesem Anspruch verbundenen Denkens geschieht.² Die beliebte Vorgehensweise, von 1933 her rückblickend die politischen Implikationen von "Sein und Zeit" aufzuweisen, weil "Sein und Zeit" angeblich keine Ansatzpunkte für eine Politische Philosophie biete, ist methodisch und sachlich verfehlt.

Von Heideggers frühen Schriften aus eine neue Grundlegung der Politischen Philosophie anzustreben, erfordert ein immanentes Vorgehen. Traditionelle Kriterien zur Beurteilung von Heideggers Beitrag zur Politik dürfen dann aber zumindest zunächst nicht herangezogen werden, soll doch von Heideggers Position aus die Grundlegung geleistet werden, die den traditionellen politischen Theorien erst ihren Platz zuweist.

Allgemein besteht bei Heideggers Werk das Problem, daß es sich aufgrund seines "Universalitätsanspruchs" auf einen "von außen" nicht kritisierbaren Standort begibt. Jede nicht-immanente Kritik muß sich dann vorwerfen lassen, noch nicht in die zu denkende Sache gelangt zu sein, während sich der immanent Vorgehende dem Vorwurf der Kritiklosigkeit aussetzt.³ Heidegger hat, was gern als Immunisierungsstrategie abgetan wird, betont: "daß das Wesentliche immer unbeweisbar bleibt, genauer: außerhalb von Beweisbarkeit und Unbeweisbarkeit liegt. Beweisbares (im Sinne der formal-logischen Errechnung, abgelöst von der

² In diesem Sinne schreibt er am 19.09.33: "Von meiner eigensten Arbeit (...) bin ich z. Zt. ganz weit weg, wengleich ich jeden Tag spüre, wie das tägliche Handeln sich daraus nährt u. dahin drängt." (HB 74)

³ Dieses Dilemma ist inzwischen auch in der Soziologie klar gesehen worden. "Theorien mit Universalitätsanspruch sind leicht daran zu erkennen, daß sie selbst als ihr eigener Gegenstand vorkommen. (...) Damit sind (...) bestimmte Sektionen der klassischen Wissenschaftstheorie außer Kraft gesetzt; so vor allem alles, was mit unabhängiger Bestätigung (...) des Wahrheitsanspruchs der Theorie zu tun hat. Man wird also immer sagen können, ich hätte in den falschen Apfel gebissen(...)" (Luhmann, 1984, 9) "Gemessen an den Standarderwartungen der klassischen Wissenschaftstheorie in Hinsicht auf 'intersubjektiv zwingende Gewißheit'" ergibt sich "ein Moment der Unsicherheit, der Relativität, ja der Willkür." (a.a.O., 655) Das letztere gilt aber auch für die als selbstverständlich angesehenen Argumentationsmaßstäbe, etwa die intersubjektive Überprüfbarkeit. "Es gibt (...) keine kontextunabhängige Entscheidung zwischen unterschiedlichen Geltungsansprüchen (...)." (Luhmann, 1990, 667) Luhmann fordert deshalb (hier in der Tradition Husserls) die Umstellung von Was- auf Wie-Fragen. (Ebd. 668) Er stellt dabei auf die leitenden Unterscheidungen ab. Heidegger thematisiert mit den Stimmungen hingegen den Ursprung der Wahl einer Unterscheidung und sieht (wie letztlich aber auch Luhmann, der implizit für seine "Kybernetik des Beobachtens zweiter Ordnung" schließlich nicht nur anderes, sondern auch sachgemäßeres Beobachten postuliert) bevorzugte Stimmungen. Vgl. auch 36, Anm. 22.

Grundentscheidung und Grundhaltung menschlichen Seins) ist hinsichtlich der Wesentlichkeit schon verdächtig." (GA 34, 78) Eine Philosophie läßt sich nicht beweisen, sondern *bewahrheiten*. "Wie und vor wem und wann und wo und wie weit, das weiß nur jeder selbst. Darin allein besteht die geheimnisvolle 'Wirkung' einer Philosophie, - wenn sie überhaupt wirkt." (GA 34, 45)

Extrem, im Vorgriff auf die noch aufzuweisende Bedeutung der Stimmung formuliert,⁴ heißt das: Entweder man kommt stimmungsmäßig in die zu denkende Sache Heideggers und erweckt "nach außen" den Anschein affirmativer Kritiklosigkeit oder beurteilt Heidegger von traditionellen Kriterien aus, womit sein Denken mehr oder weniger dem Totalverdikt verfällt.

Der Ort, von dem aus Heideggers Philosophie geprüft werden könnte, ist zur Zeit nicht sichtbar, so daß sich die Kritik, die "von bisher vertrauten Fundamenten her ihr kritisches Richteramt ausübt, (...) der offensichtlichen Gefahr aussetzt, einen ursprünglicheren Phänomenbereich mit den Kriterien und Maßstäben eines weniger ursprünglichen (...) zu messen."⁵

Die Gefahr "affirmativer Kritiklosigkeit" scheint mir geringer als die der Verfehlung eines ursprünglichen Phänomenbereichs, der im Nachvollzug von Heideggers Philosophie erschlossen werden kann.

Der erste Teil der Abhandlung will eine Politische Philosophie aus den frühen Schriften Heideggers grundlegen. Das erste Kapitel behandelt Fragen des Verhältnisses von Fundamentalontologie und Politik, um die Angewiesenheit der letzteren auf eine philosophische Bestimmung zu verdeutlichen, und zeigt, wie die Politik diese von sich aus fordert.

Eine Politische Philosophie hat den für sie thematischen Bereich der Politik in seinen wesenhaften Strukturen aufzuweisen. Ihre erste Frage muß sein: Was ist Politik? Im zweiten Kapitel wird deshalb der zunächst nur undifferenziert genannte politische Bereich nach seinen Grundelementen durchleuchtet und vorläufig zu bestimmen gesucht.

Die Bestimmung des politischen Bereichs bleibt ein erster Frageschritt. An ihn schließt sich die Frage nach dem "Wie" einer wesengerechten "Entsprechung" des Menschen zu diesem Bereich an, die Frage nach einem eigentlichen politischen Vollzug des Daseins, der existenzial aufzuweisen ist. Das dritte Kapitel zeigt so, wie die das Handeln, damit auch die Politik ermöglichende Freiheit vom Menschen eigentlich vollzogen werden kann.

⁴ Vgl. 105f.; auch §§ 26, 27; jetzt auch Held, 1991.

⁵ Blust, 1987, 62f.. "Luhmanns Herausforderung der Philosophie" (Spaemann) lohnte es allerdings, angenommen zu werden. Luhmann selbst fragt: "Kann man alles, was ist, auf eine Differenz 'gründen?'" und stellt fest: "Hier hätte man mit Heidegger zu diskutieren." (Luhmann, 1987, 310) Beschränkungen gegenüber Heideggers Ansatz zeigt Luhmanns Konzept allerdings schon beim zentralen Problem des Todes. Vgl. Lohmann, 1987, besonders 177ff.